Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,150.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 289. Sonntag den 16. October 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten
Mittwoch, am 19. October a. c., Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Gutachten des Oekonomie- und bez. Bauausschusses über a. Trottoirlegung vor dem Feuerwehr-Depot; b. verschiedene Anschaffungen für den Marstall; c. die von Herrn Beyrich projectirte Herstellung des Straßentractes von der Rosenthalstraße in Gohlis ab auf städtischem Areale nach seinem an der Straße B des Gohliser Bebauungsplanes gelegenen Villenplatz; d. Regulirung der Schleußenanlagen auf dem Roßplatz; e. dergl. in der Berliner Straße; f. Einlegung einer Thonrohrschleuße im Dösener Weg und Schleußenbau an der westlichen Grenze des Baierischen Bahnhofes; g. die Feststellung der Ueberfluthlinien für die Luppe und das Kuhburger Wasser.

II. Gutachten des Bau- und bez. Oekonomieausschusses über a. Feststellung der Straße IV des nordwestlichen Bebauungsplanes, b. Aenderung der Wasserleitungsanlagen auf dem Roßplatze, c. Einführung der Wasserleitung in das Grundstück „An der Pleiße Nr. 2“, d. Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserleitung an die Gemeinde Reudnitz zu Feuerlöschzwecken, e. Wasserleitungsanlagen in mehreren Straßen des südwestlichen Bebauungsplanes.

III. Gutachten des Ausschusses zur Gasanstalt über a. Veränderung der Situation für die Ammoniaksalzfabrik in der projectirten zweiten Gasanstalt, b. weitere Ausdehnung der Beleuchtung der Lindenauer Chaussee.

Bekanntmachung.

Nach den gemachten Wahrnehmungen hat die in §. 3, Abs. 2 unseres Anlagenregulatives enthaltene Bestimmung, nach welcher jeder Grundstücksbesitzer bez. dessen Stellvertreter gehalten ist, **im Laufe des Katasterjahres die etwaigen bezüglich der Mieth-, Nutzungs- oder Pachterträgnisse eingetretenen Veränderungen (Erhöhung oder Verminderung) sofort wahrheitsgemäß anzuzeigen,** nicht die durchaus nothwendige Beachtung gefunden.

Es wird deshalb diese Bestimmung erneut mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß **Unterlassungen mit Ordnungsstrafen bis zu 60 Mark belegt werden können.**

Entsprechende Formulare sind in unserer Stadt-Steuereinnahme, Brühl 54, zu entnehmen.

Ingleichen sind die Anzeigen, welche **früher vom Quartieramte** zur Instandhaltung des Verzeichnisses über die Einquartierungspflichtigen und die zur Einquartierung geeigneten Räume **erfordert wurden, an die Stadt-Steuereinnahme** und **nicht mehr an das Quartieramt** abzugeben.

Leipzig, den 10. September 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 16. October.

Ein unendlich langer, unendlich objectiver und unter dem schweren Geschütz gouvernementalster Nationalökonomie beinahe zu Boden gezogener Artikel der „N. A. Z.“ versucht es, den Plan der Arbeiterinvalidenversicherung wissenschaftlich zu stützen und politisch schmackhafter zu machen. Die ungewohnten Liebenswürdigkeiten, die bei diesem Anlaß an die Adresse der Nationalliberalen gerichtet werden, nehmen sich um so befremdlicher aus, als Herr v. Bennigsen noch soeben erst sich gegen das Princip der Socialbureaukratie und gegen das Tabaksmonopol erklärt hat. In Varzin hebt man offenbar davor zurück, die letzten Fäden abzureißen, die noch zu den gemäßigten Liberalen hinüberleiten. Man weiß dort, daß dieser Bruch gleichbedeutend wäre mit der unbedingten Auslieferung an das Centrum und die Magdeburger Rede Bennigsen's wird deshalb mit einer Zartheit und Zurückhaltung behandelt, die gegen die sonstige Kampfesweise der „N. A. Z.“ beinahe komisch absticht.

Ob ihre inspirirte Rechtfertigung des Monopols als des einzigen und sichersten, so zu sagen begnadeten Trägers der Arbeiterversicherung den nationalliberalen Führer von seinem Widerspruch abbringen wird, steht gleichwohl zu bezweifeln. Denn die angezogenen Ausführungen leiden an einem wissenschaftlichen Grundfehler, der das ganze Beweisgebäude über den Haufen wirft. Es wird ausgeführt, daß der Arbeiter nur dann einen Sparpfennig für das Alter zurückzulegen gezwungen werden kann, wenn sein Lohn hoch genug ist, um Abzüge zuzulassen, wenn also mit anderen Worten dieser Lohn das „Existenzminimum“ übersteigt. So unzweifelhaft richtig dies ist, so ist es doch ebenso unzweifelhaft falsch, daß unter den jetzigen Productionsverhältnissen dem Arbeiter die Möglichkeit derartiger Lohnabzüge gegeben sei und daß er sie in der Aufbringung der Erträge des Tabaksmonopols auf die leichteste Weise leisten könne. Er wird diesen Abzug in Gestalt einer Steuer mit Recht als eine Härte empfinden, zu welcher die Wohlthat einer Versorgung in unbestimmter Zukunft in einem Mißverhältniß steht. Er wird sie als eine um so schwerere Härte ansehen, als das Monopol nur durch den Massenconsum, der gerade auf die unbemittelten Classen fällt, ertragreich gemacht werden kann.

Gegen dieses ganz natürliche Gefühl helfen die Sittlichkeitsgründe der „N. A. Z.“ ganz und gar nicht, und das Interessanteste an denselben ist eigentlich auch nur, daß hier zum ersten Male zugestanden wird, was liberalerseits schon lange behauptet wurde, daß es nämlich nur eine Scheinwohlthat für die „Enterbten“ ist, ihnen das Tabaksmonopol als Patrimonium zuzuweisen, da sie doch selber die Kosten desselben aufbringen sollen.

Ueberhaupt muß bemerkt werden, daß die großen socialpolitischen Pläne des Reichskanzlers noch in sehr weitem Felde stehen und auch Diejenigen, die dem Tabaksmonopol im Hinblick auf seine Bestimmung als „Patrimonium der Enterbten“ etwa zuzustimmen geneigt wären, werden sich, wenn dieser Plan demnächst vorgelegt wird, besinnen, die Mittel jetzt schon zu gewähren, wenn der Verwendungszweck vielleicht „in einer der nächsten Legislaturperioden“ erreicht werden soll.

Wir hören es mit Genugthuung, daß die weitausgreifenden socialpolitischen Pläne des Reichskanzlers nicht überstürzt und überhastet werden sollen, sondern daß mit geringen Anfängen begonnen, und erst wenn die neuen Anregungen sich als fruchtbringend **und ausführbar** in praktischer Probe erwiesen, auf der eingeschlagenen Bahn fortgeschritten werden soll. Nichts ist dem berechtigten Kern, der unzweifelhaft in diesen Bestrebungen liegt, schädlicher als die Ueberspannung der Ziele, die jeden Maßstab zur Beurtheilung der praktischen Möglichkeit hinter sich läßt. Beschränkt sich der Reichskanzler zunächst auf die Unfallversicherung und bringt seinerseits einige den Zweck dieser Maßregel nicht gefährdende Opfer, so zweifeln wir nicht an der Möglichkeit, im nächsten Reichstag eine Verständigung zu erzielen.

Selbst die „Tribüne“, die doch vorzugsweise als Vertreterin des „Manchesterthums“ bezeichnet werden darf, verwahrt sich heute gegen den Vorwurf eines vollständig ablehnenden Standpunctes in diesen Fragen und erinnert an eine Rede des Abg. Bamberger, worin derselbe gewisse Theile des Unfallgesetzes als ihm sympathisch und die Reichsversicherungsanstalt und den Reichszuschuß als die einzigen Puncte bezeichnete, die ihm schlechthin unannehmbar wären. Man lege also erst die Grundlagen und mache einen bescheidenen Anfang auf der Bahn der neuen Socialpolitik; sind diese Ideen gesund und fruchtbringend, so wird die weitere Entwicklung nicht ausbleiben.

Fürst Bismarck trägt sich mit dem Plane, eine umfassende Reorganisation im preußischen Staatsministerium vorzunehmen, und die Ernennung des Herrn v. Puttkamer, des Ministers des Innern, zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums, scheint in der That das Signal zur Ausführung dieses Planes gewesen zu sein. Man schreibt uns in dieser Angelegenheit von guter Hand aus Berlin: „Die beabsichtigte Aenderung in den Ressortverhältnissen des preußischen Staatsministeriums, welche zunächst durch die Zerlegung der unter Herrn Maybach stehenden Verwaltung bewirkt werden soll, wird, wie es in der Natur der Sache liegt, nicht auf den besonderen Anlaß beschränkt bleiben, sondern zu weiteren Neuabgrenzungen der Verwaltung führen. Endgiltige Beschlüsse liegen augenscheinlich noch nicht vor, und man hat dieselben vor der Ankunft des Fürsten Bismarck in Berlin auch nicht zu erwarten. Nach zuverlässigen Mittheilungen dürfte aber das in Aussicht genommene Abkommen gleichbedeutend sein mit einer erheblichen Einbuße, wenn nicht gar mit einem völligen Aufgeben des preußischen Handelsministeriums. Die geplante Errichtung eines besonderen Eisenbahnministeriums entspräche zunächst durchaus den Wünschen des Herrn Maybach, welcher von den Zweigen seines Ressorts, die nicht mit der Eisenbahnverwaltung zusammenhängen, gern befreit sein möchte. Daß die Verwaltung der Staatsbahnen die ganze Kraft eines Ministers in Anspruch nehmen kann, ist ebenso klar, wie daß die Angelegenheiten des Bauwesens und der Bergverwaltung nicht nothwendig mit jener verbunden zu sein brauchen. Andererseits sind aber die letztgenannten Ressorts für die Bildung eines neuen Ministeriums nicht ausreichend, und gerade hier ist der Punct, wo das preußische Handelsministerium, ja vielleicht auch das Reichsamt des Innern insofern in Mitleidenschaft gezogen wird, als einige, bisher nicht näher bezeichnete Verwaltungszweige derselben dem neu zu bildenden Ministerium überwiesen werden sollen. Ein abschließendes Urtheil über die geplante Organisation muß bei der Wichtigkeit desselben vorbehalten bleiben. Was zunächst die Sympathien für den Plan einigermaßen erschwert, ist das Gefühl des Nicht-zur-Ruhe-kommens in den obersten Ressortverhältnissen, wo thunliche Beständigkeit zu den ersten und niemals ohne zwingenden Anlaß aufzugebenden Forderungen gehört. Erfährt auch das Reichsamt des Innern Einbußen, so wäre damit geradezu eine rückläufige Bewegung eingeleitet. Diese Behörde war unter Herrn v. Bötticher auf dem besten Wege, sich wiederum zu jener leistungsfähigen Centralinstanz auszugestalten, als welche sie unter dem Namen „Reichskanzleramt“ unter Delbrück angesehen werden mußte, und von der dessen Nachfolger Hofmann Stück für Stück ruhig abtrennen ließ, nicht gerade zum Vortheil der Ausgestaltung der Reichsinstitutionen, die überhaupt nur bei verantwortlichen Reichsministerien zu erhoffen stände.“

Es wird gewiß vielseitige Befriedigung hervorrufen, daß das Hofmarschallamt des Kronprinzen die von den Veranstaltern der sog. „antifortschrittlichen“ Kundgebungen erbetene Erlaubniß, am 18. d. M. das kronprinzliche Palais befragen zu dürfen, nicht ertheilt hat. Das Herandrängen jener Leute an den Thronerben zeugt von um so beneidenswertherer Unverfrorenheit, als die Kennzeichnung des Antisemitismus durch den Kronprinzen ein nicht mehr wegzuleugnendes Factum ist.

In Stuttgart ist am Donnerstag der Staatsminister des Innern, Heinrich v. Sick, gestorben. Derselbe war vor anderthalb Jahren an einer Blinddarm-Entzündung erkrankt, doch wurde die Sache damals verheimlicht und er nahm seinen Dienst bald wieder auf. Der Verfall seiner Kräfte nahm aber sichtlich zu, und ein plötzlicher Rückfall raubte ihm das Leben. Sick war früher Ober-Bürgermeister von Stuttgart und avancirte nach Scheurlen's schnellem Tode zum Minister des Innern. Er war ein Beamter von reichen Geistesgaben und großem Ehrgeize. Er hatte sich um das Zustandekommen der eben geschlossenen Landes-Gewerbe-Ausstellung in Stuttgart wesentliche Verdienste erworben und war noch vor wenigen Tagen dafür durch ein anerkennendes Handschreiben des Königs belohnt worden.

Die Ministerkrisis in Wien nimmt ein ungewöhnliches Interesse in Anspruch. Wenngleich das umlaufende Gerücht, Graf Taaffe habe seine Entlassung erbeten, noch unbegründet sei, so wird doch, wie es heißt, die Stellung des Grafen Taaffe von der Wahl eines neuen Ministers des Auswärtigen entschieden beeinflußt. Die Ernennung eines Ministers des Auswärtigen, der das Programm des Grafen Taaffe mißbillige, wird sicherlich das Entlassungsgesuch des Grafen Taaffe alsbald zur Folge haben. Noch hat Graf Taaffe das volle persönliche Vertrauen des Monarchen als erster Berather in der jetzigen ministeriellen Krisis. Das Provisorium mit formeller Verantwortung des Reichs-Finanzministers Szlavy und Führung der Geschäfte durch den Sectionschef v. Kallay wird wahrscheinlich bis zum Schlusse der Delegationen dauern. Die Einberufung derselben dürfte mit Rücksicht auf den österreichischen Reichsrath, der erst später zusammentreten kann, keine Verzögerung erleiden, und wenn möglich, wird die Delegations-Session noch im Laufe des Monats October eröffnet werden. Als Nachfolger Haymerle's wird übrigens Andrassy genannt. Es ist begreiflich, meint der „Pester Lloyd“, daß der Graf vielfach als Candidat für das Portefeuille des Auswärtigen bezeichnet wird; es dürfte daher interessant sein, von einer Aeußerung Kenntniß zu nehmen, welche Graf Andrassy in den letzten Wochen gethan und welche wie folgt lautete: „Ich würde jetzt nicht Minister werden, denn ich werde jetzt gar nicht gebraucht und ich könnte mich nur dann zum Wiedereintritt in den Staatsdienst bestimmen lassen, wenn eine große Action meine Theilnahme an den Staatsgeschäften unbedingt erheischen sollte. Mir ist es aber so lieber.“ Wie weiter mitgetheilt wird, soll Graf Andrassy heute (Sonntag) nach Wien kommen, da man in maßgebenden Kreisen in der gegenwärtigen Lage auf sein Urtheil großes Gewicht legt.

Das Wiener „Fremdenblatt“ ist in der Lage, den Wortlaut des Beileids-Telegramms mitzutheilen, welches Graf Julius Andrassy an die verwittwete Baronin Haymerle gerichtet. Dasselbe ist datirt aus Pest, 11. October, und lautet:

„Wer Ihr Verhältniß zu Ihrem Gemahl gekannt, weiß, daß Sie Nichts trösten kann. Ich versuche es nicht; nur drängt es mich, Ihnen zu sagen, daß Sie den Schmerz und die Trauer nicht allein tragen. Unter den Zahllosen aber, die mit Ihnen fühlen, kann Niemand Ihren Schmerz tiefer und wärmer empfinden als ich; denn Niemand hat die Eigenschaften, Herz und Geist Ihres Gemahls mehr zu würdigen gewußt, als Ihr tief ergebener Andrassy.“

Fürst Bismarck richtete nach dem „Fremdenblatt“ folgende Depesche von Varzin an die Baronin: „Genehmigen Sie, gnädige Frau, den Ausdruck meiner herzlichsten Theilnahme und des eigenen Schmerzes, mit dem mich der unerwartete Verlust eines persönlichen Freundes und eines zuverlässigen Collegen und Mitarbeiters erfüllt.“

Es kann kaum mehr einem Zweifel unterworfen sein, daß — sei es nun am 18. oder 20. October, oder 3 Wochen später, wie es heißt — eine Zusammenkunft des Kaisers Franz Josef mit dem Zaren stattfinden wird. Daß man über den Ort, wo sich die beiden Monarchen begegnen werden, in völliger Ungewißheit schwebt, daß nach einander Krzyzanowice, Granica, Suczawa, Brody und andere Orte genannt werden, macht die Wiener Blätter nicht irre. Man will durchaus den Ort nicht bekannt werden lassen, dem die neue Monarchen-Begegnung vorübergehende Bedeutung verleihen wird. Es geschieht das aus Rücksicht für den Zar, den das entsetzliche Ende seines Vaters mit begreiflicher Aengstlichkeit und beständigem Mißtrauen erfüllt. Er ist der lebendige Gegensatz zu dem Württemberger Grafen, der sein Haupt ruhig in den Schoß jedes Unterthanen legen konnte; ihm bangt vor der unbestimmten Gefahr, mit welcher ihn die unterirdisch wühlende Verschwörung bedroht.

Wie aus Wien gemeldet wird, gedenkt Fürst Nicolaus von Montenegro demnächst eine Reise nach Rußland zu unternehmen, um dem Zar Alexander III. einen Besuch in Peterhof abzustatten und seinen Sohn, den Erbprinzen Danilo, in ein kaiserliches Erziehungs-Institut in Petersburg zu bringen. Fürst Nicolaus will bei dieser Reise sich auch in Wien mehrere Tage aufhalten und dem Kaiser von Oesterreich seinen Besuch machen. Vor einigen Tagen ist bereits der General-Adjutant des Fürsten, Wojwode Niko Matanovic, in Wien angekommen, um seinen Herrn daselbst zu erwarten und denselben dann nach Rußland zu begleiten. Wojwode Matanovic ist nämlich zum montenegrinischen Gesandten in Petersburg und zum Gouverneur des Erbprinzen Danilo ernannt worden.

In den nächsten Tagen kommt in St. Petersburg der Proceß gegen General Mrowinski zur Verhandlung, der die Kobosewsche Käsebude inspicirt und die Mine nicht gefunden hatte. Mitangeklagt sind der frühere Chef der geheimen Polizeiabtheilung Furssow und der entlassene Stadttheilspristaw Teglew. Spassowitsch vertheidigt Mrowinski. Zu den schon eingetroffenen Generälen Totleben, Albedinski und Skobelew sind neuerdings angekommen Drenteln, Imeretinski, Swjatopolk, Mirski und Radetzki.

Man schreibt uns aus Berlin: „Noch immer will man hier an unterrichteter Stelle von einem Besuche Gambetta's beim Fürsten Bismarck Nichts wissen, wenn man auch zugeben muß, daß der demnächstige französische Ministerpräsident in bedenklicher Nähe Varzin gestreift hat, als er am Ende des vorigen Monats von Stettin nach Danzig sich begab. Ebenso leugnen die Freunde Gambetta's in Paris auf das Entschiedenste, daß er in Varzin gewesen sei, obgleich sie nicht in Abrede stellen können, daß er in Deutschland gewesen und bei seiner Rückkehr am 10. d. M. auf der französischen Grenzstation Pagny erkannt und begrüßt worden ist. Für das Pseudonym „Massabie“, unter welchem Gambetta reiste, ist jetzt auch die zureichende Erklärung gefunden. Jenny Massabie hat dem jungen Advocaten schon im Jahre 1861 die Wirthschaft geführt, es ist also begreiflich, daß Gambetta sich und die Dame, welche ihn begleitete, als „Advocat Massabie nebst Gemahlin“ in das Fremdenbuch des Hotels St. Petersburg in Hamburg eintragen ließ. Auch über die Herkunft des „Neffen“, welcher den Vornamen Gambetta's (Léon) als Familiennamen führt, kann man jetzt kaum noch in Zweifel sein. Aber wo ist Gambetta in den Tagen, die zwischen seinem Aufenthalte in Danzig und der Ankunft in Dresden liegen, gewesen? Zu einem Besuche in Petersburg reichte die Zeit schwerlich aus, und es ist auch kaum ein triftiger Grund ausfindig zu machen, weshalb Gambetta in der nordischen Hauptstadt gewesen sein sollte. Eine Begegnung zwischen ihm und dem Fürsten Bismarck hat psychologisch und politisch etwas an sich, was die Phantasie fesselt und zugleich dem nüchternen Verstande sich als annehmbar einschmeichelt. Eine Begegnung mit den leitenden Persönlichkeiten Rußlands aber fiele so sehr aus dem Rahmen der Anknüpfungsversuche mit dem deutschen Kanzler heraus und würde trotz der neugeschmiedeten deutsch-russischen Freundschaft diese Anknüpfungsbestrebungen so entschieden neutralisiren, daß die russische Reise Gambetta's wohl oder übel in das Gebiet des politischen Klatsches verwiesen werden muß.“ — Wir knüpfen an diese Meldung unseres Correspondenten ein Telegramm der „Allgemeinen Zeitung“ aus Berlin, in welchem es heißt: „Die viel bezweifelte Nachricht vom Besuche Gambetta's beim Fürsten Bismarck in Varzin darf gleichwohl als authentisch angesehen werden; ein Zugeben der Nachricht seitens der Officiösen dürfte indessen unterbleiben.“ Die Pariser Blätter dagegen dementiren ernstlich die Nachricht bezüglich der Begegnung in Varzin.

Ueber die Ministerkrisis in Paris bringt jeder Tag eine neue Lesart. Heute meldet das Gambettistische Journal „Paris“, Gambetta soll dem Präsidenten der Republik gerathen haben, dem Ministerpräsidenten, welchen er ohne Zweifel mit der Last der Geschäfte werde beauftragen müssen, nach einem formellen Votum der Kammer (dies gesperrt gedruckt) die Sorge zu überlassen, das neue Cabinet in vollständiger Freiheit zu constituiren unter seiner eigenen Verantwortlichkeit und gemäß den Anschauungen der Majorität. Dasselbe Blatt glaubt ferner zu wissen, daß Grevy für diese Auffassung gewonnen sei und ebenfalls die Einheit und die Actionsfreiheit des neuen Cabinets für nothwendig erachte. Einige gemäßigte Organe beschwören Herrn wie auch Grevy, auf jede vermittelnde Combination und jeden Compromiß zu verzichten und Gambetta gänzlich freie Hand in der Wahl seiner Collegen zu lassen, damit ein regierungsfähiges Personal der gemäßigten Republikaner bereit bliebe, nach dem etwaigen Sturze des Gambettistischen Cabinets seitens der Fortschrittsrepublikaner deren Nachfolge wieder antreten zu können, damit nicht sonst nach Gambetta die Regierung auf Clemenceau kommen müsse. Graf Saint-Vallier wurde ebenfalls vom Präsidenten Grevy in längerer Audienz empfangen.

Die Meldung, der schweizer Bundesrath habe von der Cantons-Regierung in Chur die Namhaftmachung der am Socialistencongreß betheiligt gewesenen Personen verlangt und eine ablehnende Antwort erhalten, ist falsch. Der Regierungsrath in Chur hätte sich überhaupt gar nicht auf das „Versammlungsrecht“ berufen können, da von einem solchen in keinem der 45 Artikel der Graubündner Verfassung die Rede ist. Uebrigens giebt die „Arbeiterstimme“, das Organ der socialistischen Partei in der Schweiz, jetzt selber zu, daß man die Behörden nur habe mystificiren wollen, als man den Congreß erst auf Zürich und dann auf Bern ansagte, um ihn dann plötzlich in Chur tagen zu lassen.

In der italienischen Presse macht ein kurzer Artikel des „Diritto“ Aufsehen, welcher eine Vorlage des Kriegsministers über eine namhafte Vermehrung der activen Armee ankündigt. Der Ißtbestand des Heeres, heißt es in diesem Artikel, soll von 300,000 auf 410,000 Mann erhöht werden. Aus Gründen finanzieller Natur sollen jedoch statt der vier Armeecorps, welche man aus einer Vermehrung des Truppenstandes um über 100,000 Mann formiren könnte, nur zwei Corps errichtet werden und der Ueberschuß an Mannschaft auf die schon bestehenden acht Armeecorps vertheilt werden, deren Effectivstand von 200 auf 225 Mann per Compagnie gebracht würde. Auch sollen die beiden neuen Armeecorps nur je ein Artillerieregiment statt zwei und je zwei Cavallerieregimenter statt vier erhalten. Der „Diritto“ hofft indeß, daß die finanziellen Schwierigkeiten sich besiegen lassen und die neu zu errichtenden Corps mit allem Nöthigen ausgestattet werden. Das genannte Blatt fügt bei, daß der Kriegsminister Ferrero auch einen Gesetzentwurf wegen Bewilligung eines außerordentlichen Credites von etwa 200 Millionen Lire fertig habe, die innerhalb dreier Jahre für Grenzbefestigungen und Anschaffungen ausgegeben werden. Officiös verlautet nun, König Humbert widerstrebe diesen Projecten.

Fahrplan-Aenderungen.

* Leipzig, 15. October. Im Anschluß an unsere neuerliche Mittheilung, die Fahrplanänderungen auf den sächsischen Staatseisenbahnen ab 15. October betreffend, geben wir im Nachstehenden eine Zusammenstellung der mit Beginn des Winterfahrplanes, also ebenfalls vom 15. October ab, auf den übrigen in Leipzig einmündenden Eisenbahnen eintretenden wesentlichen Zugänderungen, soweit solche speciell auf Leipzig Bezug haben.

Thüringische Eisenbahn.

Die Thüringische Eisenbahn läßt, wie in früheren Jahren, die Tagesschnellzüge ab Leipzig Vorm. 11.30 und in Leipzig Nachm. 5.40 zwischen Corbetha und Leipzig ausfallen, dafür wartet der jetzt Nachm. 5.29 hier eintreffende Personenzug den Tagesschnellzug von Frankfurt a. M. in Corbetha ab und kommt deshalb erst Nachm. 5.46 auf hiesigem Thüringer Bahnhof an.

In der Richtung von Zeitz kommt der erste Frühzug im Winter anstatt 7.0 früh erst 8.6 Vorm. hier an. (Abfahrt von Gera früh 5.40, von Zeitz früh 6.44.)

Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn.

Auf der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn wird der jetzt früh 6.45 von Cöthen und Halle ankommende Personenzug im Winter nur noch als Localzug von Halle (ab früh 5.45) nach Leipzig, Magdeburger Bahnhof (an früh 6.53), geführt. Der Vormittagscourierzug von Magdeburg geht statt um 8.0 bereits 7.54 Vorm. von Halle ab und kommt Vorm. 8.30 (statt 8.35) hier an. Vorm. 10.20 und Nachm. 2.8 trifft je ein Localzug von Halle hier ein (Abfahrt von Halle Vorm. 9.0 bezw. Nachm. 1.0), dagegen fällt der jetzt Mittags 12.0 von Halle abgehende, Nachm. 1.17 hier anlangende Localzug weg. Der jetzt Nachm. 6.52 hier anlangende Localzug von Halle trifft künftig erst 6.58 Nachm. in Leipzig ein. Der Abends 9.30 von Magdeburg &c. kommende Eilzug liegt 10 Minuten später und langt deshalb erst 9.40 Abends hier an.

In der Gegenrichtung verkehrt anstatt des jetzt Vorm. 9.0 nach Halle abgehenden Localzuges, welcher ausfällt, im Winter ein solcher bereits früh 7.10 ab Magdeburger Bahnhof, Vorm. 8.28 in Halle, außerdem verkehrt noch ein neuer Localzug Vorm. 11.10 ab Magdeburger Bahnhof, Nachm. 12.14 in Halle. — Auf der

Berlin-Anhaltischen Eisenbahn

bleiben die jetzigen Zugverbindungen sowohl zwischen Leipzig und Berlin als auch zwischen Leipzig und Magdeburg über Herbst und im Winter unverändert bestehen.

Ebenso sind zwischen

Leipzig und Eilenburg

die Eisenbahnzüge ohne Aenderung geblieben.

SLUB
Wir führen Wissen.